

# Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

seit Juli bin ich als Leiter der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg tätig. Es war eine intensive Zeit, gerade angesichts von politischen Entwicklungen und Gesetzesänderungen, die zum allergrößten Teil leider unerfreulich waren. Es war aber auch eine sehr spannende und produktive Zeit, und ich habe mich sehr gefreut über die gute Zusammenarbeit und den guten Kontakt zu unseren Mitgliedern, Mitarbeiter\*innen sowie zu verschiedenen Akteur\*innen der Flüchtlingsarbeit im Land.

Beeindruckend ist, dass die Motivation der genannten Personengruppen trotz großer Belastung und des gesellschaftlichen und politischen Gegenwindes nicht nachgelassen hat. Die ungünstigen Rahmenbedingungen auf der einen und der unermüdliche Einsatz zur Unterstützung geflüchteter Menschen auf der anderen Seite spiegelt sich auch im Inhalt dieses Rundbriefs wider. Das sogenannte Integrationsgesetz und die skandalöse BAMF-Praxis, Menschen aus Syrien nur noch subsidiären Schutz zu gewähren, werden ausführlich beleuchtet. Zudem berichten Ehrenamtliche von ihren Erfahrungen in der praktischen Arbeit vor Ort, und wir stellen einige gelungene Projekte vor, die zur Integration geflüchteter Menschen beitragen.

Mit dem Schwerpunkt „Über den Tellerand“ schauen wir auf Entwicklungen über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus, die sich allerdings unweigerlich auch hier bei uns auswirken. Beispielsweise die Gesundheitskarte, der sich die hiesige Landesregierung trotz guter Erfahrungen aus anderen Bundesländern weiterhin verweigert. Oder die Situation derer, die nach der Schließung der „Balkan-Route“ und dem EU-Türkei-Deal in Griechenland beziehungsweise der Türkei festsitzen. Unser Mitarbeiter Sebastian Röder berichtet von seinen Erfahrungen bei der Beratung dieser Menschen auf der Insel Chios, und Ulrike Duchrow beschäftigt sich mit dem Stand des Europäischen Relocation-Programms und den Initiativen verschiedener Städte und Kommunen, zusätzliche Kontingente geflüchteter Menschen aufzunehmen.

Im Rahmen unseres Themenschwerpunkts berichtet unser Mitarbeiter Julian Staiger von einer Reise nach Serbien, auf der die ungeschönte Realität hinter der deutschen Abschiebepolitik deutlich wurde. Nach wie vor müssen Roma als am stärksten diskriminierte ethnische Minderheit Europas massive Ausgrenzung und Gewalt erleiden – ein Umstand, der von den politisch Verantwortlichen hierzulande vollkommen außer Acht gelassen wird. Wenn Innenminister Strobl sich in der Presse mit steigenden Abschiebungszahlen brüstet und diese sogar noch weiter steigern will, wenn die aus unverständlichen Gründen in einigen Kreisen als besonders flüchtlingsfreundlich geltende Bundeskanzlerin eine „nationale Anstrengung“ für mehr Abschiebungen fordert, dann heißt das ganz konkret: Noch mehr Menschen sollen – auch in diesem kalten Winter – gewaltsam aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen und in Elend und Perspektivlosigkeit abgeschoben werden.

Übrigens bedeuten diese Zustände leider auch schlechte Zukunftsaussichten für das Kind, das ihnen auf der Titelseite dieses Rundbriefs so unbeschwert entgegen strahlt. Die kleine Elif wurde vor einem knappen Jahr in Mannheim geboren. Ihre Eltern sind Roma aus Mazedonien und klagen gerade gegen die Ablehnung ihres Asylantrages.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre sowie viel Kraft und Motivation in Ihrer Arbeit

Ihr Seán McGinley, Leiter der Geschäftsstelle